



Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Redaktionsschluss 31. August 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Sommerpause hier in Brüssel ist zu Ende. In diesem Bericht erfahren Sie, was im Juli und August aus EU-Sicht dennoch von Bedeutung war.

Am 1. Juli 2018 hat die Republik Österreich den Vorsitz im Rat der Europäischen Union 2018. Es ist nach 1998 und 2006 der dritte Ratsvorsitz Österreichs, nachdem es 1995 der EU beigetreten ist. Lesen Sie dazu mehr in unserem Top-Thema.



Für alle interessant ist sicher auch das Ergebnis der öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur Sommerzeitregelung. Haben auch Sie teilgenommen? Sind Sie eine oder einer der 4,6 Mio. Europäerinnen und Europäer, die sich an der Konsultation beteiligt haben? Näheres zu den Ergebnissen finden Sie unter Verschiedenes.

Wir wünschen Ihnen viel Interesse beim Lesen

Ihr Team der Landesvertretung



Unsere Themen im Überblick

| | |
|---|-----------|
| Grußwort | 1 |
| I. TOP-Thema | 4 |
| Österreichische Ratspräsidentschaft | 4 |
| II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp – | 5 |
| 1. Brexit | 5 |
| 1.1. Weißbuch | 5 |
| 1.2. EP: Brexit-Steuerungsgruppe | 5 |
| 1.3. KOM: Aufruf an Regierungen und Wirtschaft | 6 |
| 2. Inneres | 6 |
| 2.1. KOM: Hilfe für Spanien, Griechenland und die Türkei | 6 |
| 2.2. KOM: Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache | 7 |
| 2.3. EP: Zusammenarbeit zwischen Europol und acht Nicht-EU-Ländern | 7 |
| 2.4. EP: ETIAS und eu-LISA | 7 |
| 2.5. EP: Verhinderung der Kriminalisierung humanitärer Hilfe | 8 |
| 2.6. KOM: Visaliberalisierung für das Kosovo | 8 |
| 2.7. KOM: Unterstützung in Katastrophensituationen | 8 |
| 2.8. KOM: „Kontrollierte Zentren“ in der EU | 9 |
| 2.9. KOM: Soforthilfen zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen | 10 |
| 2.10. KOM: Hilfen zur Terrorismusbekämpfung an Spanien | 10 |
| 3. Finanzen | 10 |
| 3.1. Rat: MFR post 2020 - Omnibus-Verordnung | 10 |
| 3.2. EuRH: MFR post 2020 | 11 |
| 3.3. EuRH: Mehrwertsteuer und Zölle im elektronischen Handel | 11 |
| 3.4. KOM: Griechenland - verstärkte Überwachung | 11 |
| 3.5. KOM: Vorschriften für Geldmarktfonds | 12 |
| 4. Wirtschaft und Energie | 12 |
| 4.1. KOM: Neuer Verhaltenskodex für Beihilfenkontrolle | 12 |
| 4.2. KOM: Strategie zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen | 12 |
| 4.3. EP: Entschließung zur Definition von KMU | 13 |
| 5. Wissenschaft, Forschung und Kultur | 13 |
| 5.1. KOM: Erste Projekte im Rahmen des EIC-Piloten | 13 |
| 5.2. KOM: Vier weitere Galileo-Satelliten ins All gestartet | 13 |
| 5.3. Rat: Informeller Forschungsministerrat | 14 |
| 5.4. EUandME-Kampagne: Chance für junge Filmschaffende | 14 |
| 6. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie | 14 |
| 6.1. KOM: Beschäftigung und soziale Lage in Europa | 14 |

| | | |
|------|---|----|
| 6.2. | EP: Statut für Sozial- und Solidarunternehmen | 15 |
| 6.3. | EP: Maßnahmen gegen Früh- und Zwangsverheiratung | 15 |
| 6.4. | EP: Maßnahmen gegen Mobbing und sexuelle Belästigung | 16 |
| 6.5. | Eurostat: Arbeitslosenquote im Juli 2018 | 16 |
| 6.6. | Eurostat: EU-Bevölkerung am 1. Januar 2018 | 16 |
| 7. | Infrastruktur und Landesplanung | 17 |
| 7.1. | KOM mahnt zur Umsetzung des Einheitlichen Luftraums | 17 |
| 7.2. | EuGH: Entschädigungspflichtige Fluggesellschaft | 17 |
| 8. | Verschiedenes | 17 |
| 8.1. | KOM: Abschlussbericht der Taskforce Subsidiarität | 17 |
| 8.2. | KOM: Rücknahme von 15 Gesetzesvorschlägen | 18 |
| 8.3. | EP: Modernisierung des EU-Wahlrechts | 18 |
| 8.4. | KOM: Konsultation zur Sommerzeit | 19 |
| III. | Aktuelles aus der Landesvertretung | 19 |
| | Sonder-AMK zu GAP nach 2020 in Brüssel | 19 |
| IV. | Öffentliche Konsultationen | 20 |
| V. | Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung | 22 |

I. TOP-Thema

Österreichische Ratspräsidentschaft



Am 1. Juli 2018 hat Österreich für das 2. Halbjahr 2018 die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union übernommen. Das Programm steht unter der Überschrift „Ein Europa, das schützt“.

Schwerpunkte des österreichischen Ratsvorsitzes sind:

- Mehrjähriger Finanzrahmen 2021–2027
- Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs
- Sicherung der Außengrenzen der EU
- Überprüfung und Aktualisierung der Förderprogramme der EU
- Stärkung der europäischen Identität

Im Sinne des Mottos des österreichischen Ratsvorsitzes – „Ein Europa, das schützt“ – wird die effektive Schutzfunktion der EU insb. in drei Schwerpunktbereichen in den Vordergrund gestellt:

- Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration
- Sicherung des Wohlstandes und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung
- Stabilität in der Nachbarschaft – Heranführung des Westbalkans/Südosteuropas an die EU

Der Fokus liegt also auf dem Thema Migration. Österreich stellt an prominenter Stelle auch die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips heraus.

Nach Österreich wird Rumänien im 1. Halbjahr 2019 erstmals nach seinem EU-Beitritt 2007 die Präsidentschaft übernehmen.

<https://www.eu2018.at/de/agenda-priorities/programme.html>

II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –

1. Brexit

1.1. Weißbuch

Am 12. Juli 2018 hat die Regierung des Vereinigten Königreichs (UK) ihren Plan („Vision“) zur künftigen Gestaltung der Beziehungen mit der EU in Form eines sog. Weißbuches veröffentlicht. Dieses behandelt nur die Zeit ab dem 1. Januar 2021; d. h. nicht die „Scheidungskosten“ und auch nicht den Übergangszeitraum vom 30. März bis zum 31. Dezember 2020. Der Plan bestätigt die Abkehr von Binnenmarkt, Zollunion, Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, Gemeinsamer Agrar- und Fischereipolitik sowie erheblichen Zahlungen in den EU-Haushalt. Angestrebt wird eine Freihandelszone für Waren, nicht aber für Dienstleistungen. UK ist bereit, die dafür erforderlichen Regelungen des Binnenmarkts einzuhalten. UK will außerdem Mitglied in EU-Agenturen etwa für Arzneimittel, Chemikalien und Luftfahrtsicherheit bleiben und eng mit der EU zusammenarbeiten. Die Freizügigkeit für Arbeitskräfte soll entfallen. Um einen reibungslosen Warenhandel ohne Zollkontrollen an der nordirischen Grenze und problemlose Lieferketten in der Industrie zu gewährleisten, soll ein neuartiges Zollerleichterungsverfahren mit der EU eingeführt werden. UK will zwar eigene Zölle gegenüber Drittstaaten festlegen, aber für Importe zum Weiterverkauf in die EU die EU-Zollsätze erheben.

https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/727468/Executive_Summary_-_GERMAN_FINAL_.pdf

https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/725288/The_future_relationship_between_the_United_Kingdom_and_the_European_Union.pdf

1.2. EP: Brexit-Steuerungsgruppe

Die Brexit-Steuerungsgruppe des Europäischen Parlaments (EP) hat am 12. Juli 2018 die Festlegung der britischen Regierung auf ein „Assoziierungsabkommen“ mit der EU zwar begrüßt. Die Verhandlungen über die künftige Beziehung setzten jedoch ein Austrittsabkommen voraus, welches eine harte Grenze auf der irischen Insel verhindere. Hier müsse UK für Klarheit sorgen, ebenso wie bei einem glaubwürdigen Streitschlichtungsmechanismus und der Registrierung aller EU-Bürgerinnen und Bürger. Das EP bestehe auf der Unteilbarkeit der vier Freiheiten und der Integrität des Binnenmarkts sowie der Wahrung der EU-Rechtsordnung. Zwischen Rechten und Pflichten müsse ein Gleichgewicht bestehen. Ein sektorspezifischer Ansatz werde abgelehnt. Es gebe auch keinen Raum für eine Delegation von Zollkompetenzen der EU.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180712IPR07806/statement-by-the-brexiteering-group-on-uk-government-white-paper>

1.3. KOM: Aufruf an Regierungen und Wirtschaft

Die Europäische Kommission (KOM) hat am 19. Juli 2018 die laufenden Arbeiten zur Vorbereitung auf alle Szenarien des Austritts des UK aus der EU dargelegt. Zwar arbeite die EU Tag und Nacht daran, eine Einigung zu finden, die einen geordneten Austritt ermögliche, doch werde der Brexit – ob mit oder ohne Einigung – zweifelsohne Störungen verursachen, etwa in den Lieferketten. In der vorgelegten Mitteilung werden Regierungen und Wirtschaft aufgerufen, ihre Vorbereitungsanstrengungen zu erhöhen. Der Brexit am 30. März 2019 werde Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden haben, und zwar sowohl im UK als auch in der EU. Dazu gehören bspw. wieder eingeführte Kontrollen an der EU-Außengrenze zum UK, Unsicherheiten im Hinblick auf die Gültigkeit von vom UK herausgegebenen Lizenzen, Bescheinigungen und Genehmigungen sowie uneinheitliche Vorschriften für die Übermittlung von Daten. Da noch immer ungewiss ist, ob zum Austrittsdatum ein ratifiziertes Austrittsabkommen vorliegen oder wie dieses aussehen wird, laufen derzeit Vorbereitungen, die sicherstellen sollen, dass die EU-Organe, die Mitgliedstaaten und die Wirtschaft für den Austritt des UK gerüstet sind.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180719-regierungen-und-wirtschaft-auf-den-brexite-vorbereiten_de

2. Inneres

2.1. KOM: Hilfe für Spanien, Griechenland und die Türkei

Am 2. Juli 2018 hat die KOM für Spanien und Griechenland zusätzliche finanzielle Mittel i.H.v. 45,6 Mio. EUR gewährt. Damit reagiert sie auf die steigende Anzahl von Neuankömmlingen in Spanien. Mit 25,6 Mio. EUR soll Spanien seine Aufnahmekapazitäten an der spanischen Südküste aber auch die Qualität der Rückführungseinrichtungen verbessern. Mit den bereitgestellten Mitteln i.H.v. 20 Mio. EUR soll in Griechenland insb. auf der Insel Lesbos eine Verbesserung der Aufnahmebedingungen hergestellt werden. Weiterhin hat die KOM am 25. Juli 2018 beschlossen, mit der ersten Maßnahme der zweiten Finanzierungstranche der EU-Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei zu beginnen. Inzwischen sind 3 von insg. 6 Mrd. EUR für 72 Projekte eingesetzt worden. Das türkische Bildungsministerium erhält 400 Mio. EUR um das im Oktober 2018 auslaufende Bildungsprogramm weiterführen zu können. Die Schwerpunkte werden auf der Verbesserung der formalen Schulbildung, Türkisch-Kurse für

Erwachsene in öffentlichen Bildungszentren sowie der Fortführung und Verbesserung des Prüfungssystems liegen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4342_de.htm

https://ec.europa.eu/germany/news/20180725-fluechtlinge-tuerkei_de

2.2. KOM: Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache

Kommissionspräsident Juncker kündigte am 6. Juli 2018 bei seinem Treffen in Wien mit der österreichischen Regierung zum Auftakt des EU-Ratsvorsitzes an, dass durch die KOM im September ein Gesetzgebungsvorschlag zum Ausbau der europäischen Grenz- und Küstenwache vorgelegt werden solle. Die 10.000 europäischen Grenzschutzbeamten sollen nunmehr bis 2020 und nicht wie ursprünglich geplant bis 2027 in Aufstellung gebracht werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180706-juncker-wien_de

2.3. EP: Zusammenarbeit zwischen Europol und acht Nicht-EU-Ländern

Am 4. Juli 2018 sprach sich das EP für Verhandlungen über ein Abkommen von Europol mit acht Nicht-EU-Ländern aus. Zu den Ländern gehören Jordanien, die Türkei, Israel, Tunesien, Marokko, der Libanon, Ägypten und Algerien. Mit Europol sollen personenbezogene Daten zur Verhütung und Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und die Förderung der irregulären Migration ausgetauscht werden können. Ein Schutzlevel analog EU-Niveau ist die Voraussetzung für den Abschluss der Abkommen. Der Europäische Rat hat der KOM bereits die Zustimmung erteilt, Verhandlungen im Namen der EU aufzunehmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180628IPR06819/data-exchanges-strengthening-europol-cooperation-with-non-eu-countries>

2.4. EP: ETIAS und eu-LISA

Der Einrichtung des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) und dem Ausbau der Agentur für das Betriebssystem von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit, und des Rechts (eu-LISA) stimmte am 5. Juli 2018 das EP endgültig zu. Reisende, die kein Visum bei der Einreise in EU-Staaten benötigen, müssen zukünftig neben ihren Reisedokumenten eine ETIAS-Genehmigung vorlegen. ETIAS wird innerhalb weniger Minuten automatisch die im Antrag angegebenen Daten mit den EU-Informationssystemen für Grenzen, Sicherheit und Migration (Schengener Informationssystem, Visa-Informationssystem, Eurodac, Europol- und Interpol-Datenbanken) abgleichen, woraufhin eine drei Jahre gültige Genehmigung erteilt oder abgelehnt wird. eu-LISA wird weiter aus-

gebaut und erhält so zusätzliche Kapazitäten und Instrumente, die sie für das zentrale Betriebsmanagement der EU-Informationssysteme für Migration, Sicherheit und Grenzmanagement benötigt.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/security/20180628STO06868/etias-verbessert-das-grenzmanagement>

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4367_de.htm

2.5. EP: Verhinderung der Kriminalisierung humanitärer Hilfe

In einer Entschließung vom 5. Juli 2018 fordert das EP die KOM auf, Leitlinien zu erfassen, in denen festgelegt wird, welche Art der humanitären Hilfe für Migrantinnen und Migranten nicht kriminalisiert werden sollte. Dies soll zu einer verbesserten Einheitlichkeit in den Mitgliedstaaten in Bezug auf strafrechtliche Regelungen führen. Weiter werden die Mitgliedstaaten aufgerufen, die nach der Richtlinie 2002/90/EG des Rates vom 28. November 2002 vorgesehenen Ausnahmeregelungen für humanitäre Hilfe in nationales Recht umzusetzen. Sie sollen Statistiken erheben, die jährlich Auskunft „über die Anzahl der Personen, die für Beihilfe an den Grenzen und im Inland verhaftet wurden, die Anzahl der eingeleiteten Gerichtsverfahren und die Anzahl der Verurteilungen sowie Angaben über die Urteilsbegründung“ als auch über die Einstellung der Verfahren geben können.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0314+0+DOC+PDF+V0//DE>

2.6. KOM: Visaliberalisierung für das Kosovo

Nachdem das Kosovo dem Grenzfestlegungsabkommen mit Montenegro zugestimmt hat und weiterhin Fortschritte bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption macht, sind alle Vorgaben zur Visaliberalisierung erfüllt. Dies bestätigte die KOM am 18. Juli 2018. Der Vorschlag der KOM zur Aufhebung der Visumpflicht für die Bürgerinnen und Bürger des Kosovo muss noch vom EP und vom Rat angenommen werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4562_de.htm

2.7. KOM: Unterstützung in Katastrophensituationen

Im Juli dieses Jahres kam es in Schweden, Griechenland und Lettland zu schweren Waldbränden. Da eigene Mittel zur Bekämpfung der Brände nicht ausreichten, bat Schweden am 16. Juli 2018 und Griechenland am 23. Juli 2018 im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens um Hilfe. Zahlreiche Länder gewährten Hilfen in Form von Löschflugzeugen, Hubschraubern, Feuerwehrfahrzeugen, Feuerwehrleuten und Sanitätern. Das Kuperni-

kus-Satellitensystem der EU kam für Lettland zum Einsatz, um die dortigen nationalen Behörden bei der Notfallkartierung der Risikogebiete zu unterstützen.

Am 25. Juli 2018 beschloss der Europäische Rat das Mandat für Verhandlungen zur Änderung des Katastrophenschutzverfahrens der EU aufzunehmen. Nach einem Vorschlag der KOM soll eine Katastrophenabwehrreserve (rescEU) eingerichtet und zum Einsatz gebracht werden, wenn bestehende nationale Kapazitäten nicht ausreichen. Ziel soll es auch sein, Prävention, Vorsorge und Koordination in den Mitgliedstaaten zu verbessern. Dieses Mandat bildet die Grundlage zur Aufnahme der Verhandlungen zwischen dem Europäischen Rat und dem EP.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180723-Katastrophenschutz-Schweden_de

https://ec.europa.eu/germany/news/20180724-eu-hilfe-waldbraende_de

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/07/25/civil-protection-council-agrees-negotiating-mandate-on-strengthening-civil-protection-cooperation/>

2.8. KOM: „Kontrollierte Zentren“ in der EU

Die KOM stellte am 24. Juli 2018 das Konzept für sog. „kontrollierte Zentren“ innerhalb der EU und die ersten Überlegungen für in Drittstaaten gelegene „regionale Ausschiffungsplattformen“ vor. „Kontrollierte Zentren“ sollen dazu beitragen, dass das Verfahren zur Unterscheidung zwischen Personen, welche internationalen Schutz benötigen und Personen, die kein Recht auf Verbleib in der EU haben, verbessert und Rückkehrmaßnahmen beschleunigt werden. Um eine schnelle, sichere und effektive Erfassung gewährleisten zu können, sollen die Zentren operative Unterstützung durch EU-Agenturen erhalten. Mitgliedstaaten, die freiwillig daran teilnehmen, erhalten finanzielle Unterstützung der EU zur Deckung von Infrastruktur- und Betriebskosten sowie je aufgenommene Person. Um dieses Konzept testen zu können, sollte so bald wie möglich eine Pilotphase eingeleitet werden. Regionale Ausschiffungsplattformen in Drittstaaten sollen zum Ziel haben, unter Einhaltung des Völkerrechts, des Grundsatzes der Nichtzurückweisung (der Rückführungen in Staaten wegen drohender Folter bzw. anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen untersagt) und einem verantwortungsvollen Verfahren nach der Ausschiffung eine rasche und sichere Ausschiffung geretteter Menschen auf beiden Seiten des Mittelmeeres zu gewährleisten. In enger Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM), dem Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) und mit Drittstaaten soll ein entsprechendes Konzept erarbeitet werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/2360180724-ausschiffung-von-migranten_de

2.9. KOM: Soforthilfen zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen

Im August wurden durch die KOM weitere Soforthilfen an die Länder ausgezahlt, die durch die Migrationsströme unter Druck geraten sind. Italien erhielt zusätzlich 9 Mio. EUR Soforthilfe, insb. für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Unterbringung von Flüchtlingen. Die Soforthilfe für Italien stieg auf rd. 200 Mio. EUR, die zusätzlich zu den 653,7 Mio. aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) und dem Fonds für innere Sicherheit (ISF) veranschlagt wurde. Griechenland wurde eine weitere Soforthilfe in Höhe von 37,5 Mio. EUR aus dem AMIF gewährt. 6,4 Mio. EUR wurden an die Internationale Organisation für Migration bewilligt, um die Aufnahmebedingungen zu verbessern und die Standortverwaltung ausgewählter Gebiete auf dem Festland zu unterstützen. Spanien wurde eine zusätzliche Soforthilfe von 3 Mio. EUR, insb. zur Unterstützung des Einsatzes der Guardia Civil an der Südgrenze Spaniens, gewährt. Ferner bewilligte die KOM auch eine Sonderzahlung an Bosnien und Herzegowina i.H.v. 6 Mio. EUR.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180822-soforthilfe-italien_de

https://ec.europa.eu/germany/news/20180801-griechenland_de

https://ec.europa.eu/germany/news/20180803-avramopoulos_de

<http://europa.eu/rapid/midday-express-10-08-2018.htm>

2.10. KOM: Hilfen zur Terrorismusbekämpfung an Spanien

Spanien erhielt am 6. August 2018 weitere 4,2 Mio. EUR Soforthilfe aus dem Fonds für innere Sicherheit (ISF) zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität. Mit Hilfe dieser Gelder sollen Ausrüstung und Technologien zum Schutz öffentlicher Räume und zur Bekämpfung der Online-Kriminalität angeschafft werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180806-kommission-spanien-terrorismusbekaempfung_de

3. Finanzen

3.1. Rat: MFR post 2020 - Omnibus-Verordnung

Am 16. Juli 2018 hat auch der Rat die sog. Omnibus-Verordnung zur Überarbeitung der Finanzvorschriften der EU angenommen. Die Omnibus-Verordnung wurde von der KOM als Teil der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU für 2014-2020 vorgeschlagen. Durch sie werden die Haushaltsordnung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der EU sowie sektorspezifische Gesetzgebungsakte geändert, darunter auch Bestimmungen für die Struktur- und Investitionsfonds. Ziele sind insb. die Vereinfachung von

Vorschriften und der Abbau von Bürokratie. Die neuen Vorschriften treten am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft und werden größtenteils sofort gelten.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/07/16/omnibus-regulation-simpler-rules-for-use-of-eu-funds-adopted/pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-13-2018-INIT/de/pdf>

3.2. EuRH: MFR post 2020

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 10. Juli 2018 mitgeteilt, dass bei dem von der KOM vorgeschlagenen EU-Haushalt für den Zeitraum 2021-2027 der Mehrwert noch stärker im Fokus stehen müsse. Der EuRH begrüßt, dass der MFR nun mehr Flexibilität zulasse, um auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können. Er warnt aber, dass die geänderten Prioritäten bei den Ausgabenprogrammen im Vorschlag nicht klar erläutert oder durch die veröffentlichten Ergebnisse der von der KOM vorgenommenen Bewertung des Mehrwerts der EU-Ausgabenprogramme untermauert seien.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INBRP_MFF2/INBRP_MFF2_DE.pdf

3.3. EuRH: Mehrwertsteuer und Zölle im elektronischen Handel

Der EuRH hat am 5. Juli 2018 mitgeteilt, dass er derzeit eine Prüfung im Bereich Mehrwertsteuer und Zölle im elektronischen Handel durchführt. Er geht der Frage nach, wie wirksam die EU die Herausforderungen bewältigt, die sich im Bereich Mehrwertsteuern und Zölle aus dem elektronischen Handel ergeben. Er wird den Regulierungs- und Kontrollrahmen analysieren, den die KOM für den elektronischen Handel geschaffen hat. Zudem wird er untersuchen, wie die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die auf elektronisch abgewickelte Geschäfte anfallenden Mehrwertsteuern und Zölle vollständig erhoben werden. Die Prüfung schließt auch Besuche in Deutschland ein.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INBP_VAT/INBP_VAT_DE.pdf

3.4. KOM: Griechenland - verstärkte Überwachung

Die KOM hat am 11. Juli 2018 beschlossen, Griechenland nach dem Abschluss des laufenden Hilfsprogramms am 20. August 2018 einer sog. verstärkten Überwachung zu unterziehen. Dies folgt einer Vereinbarung in der Eurogruppe vom 22. Juni 2018 und soll dazu dienen, Griechenland nach dem Ende des Programms bei der weiteren Umsetzung der vereinbarten Reformen zu unterstützen. Die verstärkte Überwachung beinhaltet häufigere Überprü-

fungsmissionen der KOM und ihrer Partnerinstitutionen in Griechenland mit entsprechenden Berichten.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4381_de.htm

3.5. KOM: Vorschriften für Geldmarktfonds

Am 21. Juli 2018 sind die neuen EU-Vorschriften für Geldmarktfonds in Kraft getreten. Geldmarktfonds sind kurzfristige Anlagen, die von Anlegern zur Verwaltung ihrer überschüssigen Liquidität verwendet werden, oft als Alternative zu einem Bankkonto. Während der letzten Finanzkrise erwiesen sich Geldmarktfonds unter angespannten Marktbedingungen als anfällig. EU-weit einheitliche Regeln und Aufsichtspraktiken sollen fortan sicherstellen, dass Geldmarktfonds die Anleger jederzeit auszahlen können.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180720-vorschriften-geldmarktfonds-treten-in-kraft_de

4. Wirtschaft und Energie

4.1. KOM: Neuer Verhaltenskodex für Beihilfenkontrolle

Die KOM hat am 16. Juli 2018 einen neuen Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren veröffentlicht. Darin werden die von der KOM bei der Prüfung von Beihilfesachen angewendeten Verfahren beschrieben und erläutert. Ziel des neuen Verhaltenskodexes ist es, Beihilfeverfahren wirksam zu straffen und zu beschleunigen und zu einer Verbesserung der Bearbeitung von beihilferechtlichen Beschwerden beizutragen. Darüber hinaus soll es den Mitgliedstaaten mit Hilfe von effizienzsteigernden Maßnahmen ermöglicht werden, Beihilfen zur Förderung von Investitionen schneller durchzuführen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4544_de.htm

4.2. KOM: Strategie zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen

Die KOM hat am 17. Juli 2018 eine öffentliche Konsultation gestartet, auf deren Grundlage eine Strategie zur langfristigen Verringerung der Treibhausgasemissionen in der EU erarbeitet werden soll. Die Konsultation läuft noch bis zum 9. Oktober 2018. Schwerpunkte der Strategie sollen die Entwicklung einer langfristigen Vision für eine moderne europäische Wirtschaft und das Herausarbeiten der Chancen und Herausforderungen, die mit einer langfristigen Dekarbonisierung verbunden sind, sein. Sie soll darauf ausgerichtet sein, die Klimaschutzziele von Paris zu erreichen, wobei die Bereiche Energie, Gebäude, Verkehr, Mobilität,

Industrieproduktion, Dienstleistungen, Abfall, Landwirtschaft, Landnutzung sowie die Nutzung natürlicher Ressourcen einbezogen werden sollen.

https://ec.europa.eu/clima/consultations/strategy-long-term-eu-greenhouse-gas-emissions-reductions_de

4.3. EP: Entschließung zur Definition von KMU

Am 4. Juli 2018 hat das EP eine Entschließung zur Definition von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) angenommen. Eine Aktualisierung der Empfehlung der KMU-Definition, die gegenwärtig von der KOM erarbeitet wird, soll nach Auffassung des EP unter Berücksichtigung von Inflation und Arbeitsproduktivität erfolgen und sollte durch eine vorausschauende Anpassung längerfristig stabil bleiben. Die Mitarbeiterzahl sollte das wichtigste Kriterium bleiben und durch Umsatz und Bilanzsumme ergänzt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0293+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

5. Wissenschaft, Forschung und Kultur

5.1. KOM: Erste Projekte im Rahmen des EIC-Piloten

Am 9. August 2018 hat die KOM bekanntgegeben, dass sie 14 Projekte im Rahmen des Pilotprogrammes für die Etablierung eines Europäischen Innovationsrates (EIC-Pilot) unterstützen wird. Es werden ca. 34 Mio. EUR an 59 Partnerinnen und Partner (u. a. KMU, Industrie, Universitäten, NGO) in 18 Ländern ausgereicht. Das Geld stammt aus der Förderlinie „Fast Track to Innovation“, das EIC-Pilotprogramm wird aus Horizont 2020 finanziert. Gefördert wird z. B. das von einem deutschen Unternehmen koordinierte Projekt „Euphoria“ zur Verbesserung von Ultraschalluntersuchungen. Ziel ist es, Innovationen schneller zur Marktreife zu bringen. Bewerbungsschluss für die nächste Runde ist der 23. Oktober 2018.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180809-innovative-projekte-zur-schnelleren-markteinf%C3%BChrung_de

https://ec.europa.eu/info/news/eic-pilot-invest-eu34-million-14-innovative-projects-help-them-enter-market-faster-2018-aug-09_de

5.2. KOM: Vier weitere Galileo-Satelliten ins All gestartet

Am 25. Juli 2018 sind vier weitere Galileo-Satelliten ins All gestartet. Mit den nun 26 Satelliten erreicht die Konstellation ihre Gesamtstärke und soll 2020 ihre volle Betriebsfähigkeit

erlangen. Galileo wird dann auf 20 cm genaue Daten senden und damit einen Präzisionsrekord unter den Satellitennavigationssystemen der Welt aufstellen. Galileo erbringt seit Dezember 2016 Ortungs- und Zeitgebungsdienste für inzwischen ca. 400 Mio. Nutzerinnen und Nutzer. Alle Galileo-Satelliten werden nach den Kindern getauft, deren Zeichnungen 2011 beim Galileo-Zeichenwettbewerb gewonnen haben.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180726-galileo-satelliten_de

5.3. Rat: Informeller Forschungsministerrat

Im Rahmen des informellen Rates für Wettbewerbsfähigkeit am 17. Juli 2018 in Wien führten die zuständigen Ministerinnen und Minister für Forschung eine Aussprache über das kommende EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“. Die Idee, Forschungs- und Innovationsmissionen und einen Europäischen Innovationsrat (EIC) einzurichten, wurde von den meisten Delegationen grundsätzlich begrüßt. Allerdings erschien vielen das Konzept noch zu unausgereift. Sie forderten eine stärkere Einbindung bei der Planung zur konkreten Umsetzung des Forschungsrahmenprogramms als bisher vorgesehen.

<https://www.eu2018.at/de/latest-news/news/07-17-Infomal-meeting-of-competitiveness-ministers--research.html>

5.4. EUandME-Kampagne: Chance für junge Filmschaffende

Bis zum 31. Oktober 2018 können sich junge Filmschaffende im Alter von 18 bis 35 Jahren mit ihrer Idee für einen Kurzfilm bewerben, der eine Geschichte über die Auswirkungen der EU auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger erzählt. Bewerben kann man sich in einer von fünf Kategorien der Kampagne: Mobilität // Nachhaltigkeit // Rechte // Digitalisierung // Qualifikation und Arbeit. Pro Kategorie wird ein Gewinn in Höhe von 7.500 EUR ausgereicht, der zur Realisierung der Filmidee beitragen soll. Außerdem unterstützt eine/r der fünf renommierten Regisseurinnen und Regisseure der Kurzfilmreihe #EUandME bei der Umsetzung der Filmidee.

<https://europa.eu/euandme/de/yfc/>

6. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

6.1. KOM: Beschäftigung und soziale Lage in Europa

Am 13. Juli 2018 hat die KOM den jährlich erscheinenden Europäischen Beschäftigungs- und Sozialbericht für 2018 veröffentlicht. Der Bericht bestätigt die anhaltend positive

Arbeitsmarktentwicklung und die Verbesserung der sozialen Lage in der EU. Im Vergleich zu 2016 waren 2017 über 3,5 Mio. mehr Menschen erwerbstätig. Zwar ist die Zahl der pro Beschäftigten bzw. pro Beschäftigtem geleisteten Arbeitsstunden in den letzten Jahren gestiegen, sie liegt aber immer noch unter dem Niveau von 2008. Gleichzeitig sind ein steigendes verfügbares Einkommen und niedrigere Armutsraten zu beobachten. Betrachte man jedoch die Folgen technologischer Entwicklungen, so sei unklar, wie sich Automatisierung und Digitalisierung in Zukunft auswirken werden. Deshalb liegt der Schwerpunkt des Beschäftigungs- und Sozialberichts 2018 auf der sich wandelnden Arbeitswelt.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4395_de.htm

6.2. EP: Statut für Sozial- und Solidarunternehmen

Mit einer Entschließung forderte das EP am 5. Juli 2018 die KOM auf, auf Unionsebene ein „Gütesiegel der europäischen Sozialwirtschaft“ einzuführen. Unternehmen, die nicht gewinnorientiert arbeiteten, die ihren Fokus auf Sozialwirtschaft und Solidarität legten, hätten in der EU eine besondere Bedeutung. Sie benötigten nach Auffassung des EP ein eigenes Gütesiegel, welches auf der Grundlage klarer Kriterien verliehen werden soll, um die Besonderheiten solcher Unternehmen und ihre soziale Wirkung hervorzuheben, ihre Sichtbarkeit zu erhöhen, Anreize für Investitionen zu schaffen sowie den Zugang zu Finanzmitteln und zum Binnenmarkt für diejenigen zu erleichtern, die bereit sind, auf nationaler oder internationaler Ebene zu expandieren.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0317+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

6.3. EP: Maßnahmen gegen Früh- und Zwangsverheiratung

In einer Entschließung vom 4. Juli 2018 fordert das EP Maßnahmen gegen Früh- und Zwangsverheiratung. In einigen Mitgliedstaaten seien Eheschließungen im Alter von 16 Jahren zulässig, sofern die Eltern zustimmen. Das EP forderte die Gesetzgeber in den betreffenden Mitgliedstaaten auf, das Mindestheiratsalter auf 18 Jahre festzulegen. Auch auf Drittstaaten solle die EU künftig entsprechend einwirken. Das EP bekräftigte, dass Kinderehen sowie Früh- und Zwangsverheiratung als schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte und Verstoß gegen die Grundrechte der Betroffenen erachtet werden müssen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0292+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

6.4. EP: Maßnahmen gegen Mobbing und sexuelle Belästigung

Der FEMM-Ausschuss (Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter) des EP verabschiedete am 10. Juli 2018 einen Bericht zu „Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Mobbing und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum und im politischen Leben in der EU“. Danach sind bis zu 55 % der Frauen in der EU sexuell belästigt worden. Den Opfern sollte es leichter gemacht werden, Vorfälle anzuzeigen. Gegen Täter und Täterinnen sollten abschreckende Strafen verhängt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180709IPR07543/meps-propose-measures-to-combat-mobbing-and-sexual-harassment>

6.5. Eurostat: Arbeitslosenquote im Juli 2018

Laut Eurostat vom 31. August 2018 lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der EU (EU28) im Juli 2018 bei 6,8%. Damit verzeichnete sie einen Rückgang gegenüber 6,9% im Juni 2018 sowie gegenüber 7,6% im Juli 2017. Das sei die niedrigste Quote, die seit April 2008 in der EU28 verzeichnet wurde. Im Euroraum (EU19) lag die Arbeitslosenquote im Juli 2018 bei 8,2%. Damit sei sie ebenfalls unverändert gegenüber Juni 2018 und verzeichne einen Rückgang 9,1% im Juli 2017. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Tschechische Republik (2,3%), Deutschland (3,4%) und Polen (3,5%) im Juli 2018 die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten registrierten Griechenland (19,5% im Mai 2018) und Spanien (15,1%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9105315/3-31082018-AP-DE.pdf/0f8bb057-071f-4239-8ca3-cd57e5342402>

6.6. Eurostat: EU-Bevölkerung am 1. Januar 2018

Zum Weltbevölkerungstag, dem 11. Juli 2018, gab Eurostat die Bevölkerungsschätzungen in der EU bekannt. Am 1. Januar 2018 wurde die Bevölkerung auf 512,6 Mio. geschätzt, verglichen mit 511,5 Mio. am 1. Januar 2017. Im Laufe des Jahres 2017 wurden in der EU mehr Sterbefälle als Geburten registriert (5,3 Mio. Sterbefälle und 5,1 Mio. Geburten), was bedeutet, dass die natürliche Veränderung der EU-Bevölkerung negativ war. Mit 82,9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern (bzw. 16,2% der gesamten EU-Bevölkerung am 1. Januar 2018) ist Deutschland der bevölkerungsreichste Mitgliedstaat der EU, vor Frankreich (67,2 Mio. bzw. 13,1%), dem Vereinigten Königreich (66,2 Mio. bzw. 12,9%), Italien (60,5 Mio. bzw. 11,8%), Spanien (46,7 Mio. bzw. 9,1%) und Polen (38,0 Mio. bzw. 7,4%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9063743/3-10072018-BP-DE.pdf/95b21d9e-d8ed-47ad-881d-318fe9b9b147>

7. Infrastruktur und Landesplanung

7.1. KOM mahnt zur Umsetzung des Einheitlichen Luftraums

In einer gemeinsamen Erklärung rügten am 13. Juli 2018 EU-Kommissarin Violeta Bulc und die Vorsitzende des Verkehrsausschusses des EP, Karima Delli (Grüne/FR), die mangelnden Fortschritte bei der Reform des Luftverkehrsmanagements in der EU. Mit der Initiative für den Single European Sky 2+ (SES 2+) wolle die KOM das derzeitige Flickwerk von 27 nationalen Luftraumblöcken durch ein Netz größerer, regionaler Luftraumblöcke für Flugverkehrskontrolldienste ersetzen, um so eine höhere Effizienz, weniger Kosten und geringere Emissionen zu erreichen. Leider liege diese Reform seit Jahren auf Eis.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180713-flugverkehr_de

https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/bulc/announcements/joint-statement-violeta-bulc-eu-commissioner-transport-and-karima-delli-chair-european-parliaments_en

7.2. EuGH: Entschädigungspflichtige Fluggesellschaft

Mit Urteil vom 4. Juli 2018 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass im Falle einer großen Flugverspätung nicht diejenige Fluggesellschaft die Fluggäste entschädigen muss, die das verwendete Flugzeug samt Besatzung vermietet hat, sondern diejenige, die entschieden hat, den Flug durchzuführen bzw. das Flugzeug angemietet hat (wet-lease).

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-07/cp180100de.pdf>

8. Verschiedenes

8.1. KOM: Abschlussbericht der Taskforce Subsidiarität

Am 10. Juli 2018 hat die Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ ihren Abschlussbericht vorgelegt. Die Taskforce empfiehlt darin eine neue Arbeitsweise, mit der die lokalen, regionalen und nationalen Behörden sowie nationale Parlamente bei der Politikgestaltung der EU mehr Mitspracherecht erhalten sollen. Damit sollen sie einen wirksameren Beitrag zur Politikgestaltung der EU und zur Ausarbeitung neuer Rechtsvorschriften leisten können. Außerdem schlägt die Taskforce ein neues Konzept der „aktiven Subsidiarität“ vor, das den Mehrwert des EU-Rechtes sowie die Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger sicherstellen und in den Mitgliedstaaten zu mehr Eigenverantwortung bei Entscheidungen der EU führen soll. Die Taskforce kam außerdem zu dem Schluss, dass die 8-Wochen-Frist, innerhalb derer die nationalen Parlamente ihre Stellungnahmen zu

den Entwürfen von EU-Rechtsvorschriften abgeben müssen, flexibler gehandhabt werden soll und schlägt eine Ausdehnung dieser Frist auf 12 Wochen vor.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180710-subsidiaritaet_de

https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/report-task-force-subsidiarity-proportionality-and-doing-less-more-efficiently_de.pdf

8.2. KOM: Rücknahme von 15 Gesetzesvorschlägen

Die KOM hat am 3. Juli 2018 - wie in ihrem Arbeitsprogramm für 2018 angekündigt - 15 anhängige Legislativvorschläge förmlich zurückgezogen. Bei den Vorschlägen war keine Einigung der Gesetzgeber in Sicht, sie erfüllten ihren Zweck nicht mehr oder waren technisch überholt. Die KOM will damit sicherstellen, dass die Gesetzgeber sich auf die Dossiers konzentrieren können, die eine realistische Chance auf Fortschritte haben und im Einklang mit den Gemeinsamen Erklärungen zu den legislativen Prioritäten stehen. Die einzelnen Legislativvorschläge sind im Anhang IV des Arbeitsprogramms der KOM 2018 dargestellt.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp_2018_annex_iv_de.pdf

https://ec.europa.eu/germany/news/20180702-bessere-rechtsetzung_de

8.3. EP: Modernisierung des EU-Wahlrechts

Am 4. Juli 2018 hat das EP die Maßnahmen zu Modernisierung des europäischen Wahlrechtes gebilligt. Mitgliedsstaaten mit mehr als 35 Sitzen müssen eine Sperrklausel von 2 bis 5% bis zur Europawahl 2024 einführen. Dies betrifft folglich Deutschland und Spanien, welche noch keine Sperrklausel besitzen. Zudem ist jeder Mitgliedsstaat verpflichtet, abschreckende und wirksame Sanktionen gegen doppelte Stimmabgaben einzuführen. Dazu sollen in jedem Land Kontaktstellen benannt werden, um Daten von Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen, die in einem Mitgliedsstaat wählen wollen dessen Staatsbürgerschaft sie nicht besitzen. Darüber hinaus ist es den Mitgliedsstaaten jetzt erlaubt verschiedene Formen der Stimmabgabe einzuführen und die Abbildung des Namens und Logos europäischer Parteien auf den Wahlzetteln zu gestatten. Je nach nationalen Gesetzen kann die Teilnahme von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die in Nicht-EU-Ländern leben, gestattet werden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180628IPR06818/parlament-billigt-modernisierung-des-eu-wahlrechts>

8.4. KOM: Konsultation zur Sommerzeit

Nach Abschluss der öffentlichen Konsultation zur Sommerzeit am 16. August 2018 teilte die KOM mit, dass 4,6 Mio. Bürgerinnen und Bürger aus allen EU-Mitgliedstaaten an der Befragung teilgenommen haben. Es sei die höchste Anzahl von Antworten, die jemals im Rahmen einer öffentlichen Konsultation der KOM eingegangen sind. Die Konsultation ist Teil einer Gesamtbewertung der EU-Vorschriften über die Sommerzeitregelung auf Ersuchen des EP. Knapp 4% der deutschen Bevölkerung hat an der Umfrage teilgenommen. Insgesamt sprachen sich rund 84% dafür aus, die Zeitumstellung abzuschaffen, ein Großteil davon will die Sommerzeit auch im Winter. Die KOM wird nun einen Legislativvorschlag vorlegen.



https://ec.europa.eu/germany/news/20180829-konsultation-sommerzeit-bericht-folgt_de

https://ec.europa.eu/germany/news/20180831-konsultation-sommerzeit_de

III. Aktuelles aus der Landesvertretung



Sonder-AMK zu GAP nach 2020 in Brüssel

Am 10. Juli 2018 nahm Agrarminister Jörg Vogelsänger an einer Sonderkonferenz der Agrarministerinnen und Agrarminister des Bundes und der Länder in Brüssel teil. Sie führten ein Gespräch mit den EU-Kommissaren Günther Oettinger und Phil Hogan zum Mehrjährigen Finanzrahmen sowie zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 (GAP nach 2020).

IV. Öffentliche Konsultationen

Nachfolgend sind die durch die KOM im Juli und August eingeleiteten öffentlichen Konsultationsverfahren aufgeführt. Die Themenangaben sind mit weiteren Informationen zu der jeweiligen Konsultation verlinkt.

Alle laufenden Verfahren finden Sie unter: https://ec.europa.eu/info/consultations_de.

- **[EU peripheral regions – guidelines on state aid for fisheries](#)**
Themen: Maritime Angelegenheiten und Fischerei
Konsultationszeitraum: 2. August 2018 – 27. September 2018
- **[Öffentliche Konsultation zur Regelung der Schnittstelle zwischen Chemikalien-, Produkt- und Abfallrecht](#)**
Themen: Umwelt
Konsultationszeitraum: 23. Juli 2018 – 29. Oktober 2018
- **[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der EU-Rechtsvorschriften über Drogenausgangsstoffe](#)**
Themen: Binnenmarkt, Öffentliches Gesundheitswesen, Unternehmen und Industrie
Konsultationszeitraum: 23. Juli 2018 – 2. November 2018
- **[Öffentliche Konsultation zu den EU-Vermarktungsnormen für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse](#)**
Themen: Maritime Angelegenheiten und Fischerei
Konsultationszeitraum: 17. Juli 2018 – 9. Oktober 2018
- **[Strategie für die langfristige Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU](#)**
Themen: Klimaschutz
Konsultationszeitraum: 17. Juli 2018 – 9. Oktober 2018
- **[Öffentliche Konsultation zur Bestandsaufnahme des Konzepts der „besseren Rechtsetzung“ der Kommission](#)**
Themen: Institutionelle Angelegenheiten
Konsultationszeitraum: 17. Juli 2018 – 23. Oktober 2018

- **Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser**

Themen: Umwelt

Konsultationszeitraum: 13. Juli 2018 – 19. Oktober 2018

- **Evaluierung der Tätigkeiten des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) im Bereich der Durchsetzung und der Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums (Verordnung (EU) Nr. 386/2012)**

Themen: Unternehmen und Industrie, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Binnenmarkt

Konsultationszeitraum: 3. Juli 2018 – 2. Oktober 2018

- **Öffentliche Konsultation zur Sommerzeitregelung**

Themen: Verkehr

Konsultationszeitraum: 4. Juli 2018 – 16. August 2018

V. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung

Die Vertretung des Landes Brandenburg ist eine eigene Dienststelle und zugleich ein Referat der Abteilung IV (Europa) des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz.

Dr. Marcus Wenig – Leiter Tel.: 0032 2 737 74 50

(Grundsatzfragen, Beziehungen zu den EU-Institutionen, Partnerregionen)

N. N. – stellvertretende/r Leiter/in Tel.: 0032 2 737 74 31

(Justiz, Verbraucherschutz)

Birgit Urban Tel.: 0032 2 737 74 63

(Wirtschaft, Energie; Regionalpolitik)

Marion Maurer Tel.: 0032 2 737 74 62

(Finanzen; Arbeit und Soziales)

Jens Hammerschmidt Tel.: 0032 2 737 74 56

(Inneres, Kommunales)

Christina Schlawe Tel.: 0032 2 737 74 64

(Infrastruktur, Landesplanung; Wissenschaft, Forschung, Kultur)

Claudia A. Lehmann Tel.: 0032 2 737 74 58

(Verwaltung, Haushalt, Veranstaltungen, Praktika)

Peggy Navarro Tel.: 0032 2 737 74 52

(Büroassistentin)

Fritz Lehmann Tel.: 0032 2 737 74 61

(Hausmeister, Fahrer)

Adresse:

Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU Telefon: 0032 2 737 74 51

Rue Joseph II / Jozef II straat 108

Fax: 0032 2 737 74 69

B- 1000 Brüssel

E-Mail: poststelle@eulv.brandenburg.de

Web: www.eulv.brandenburg.de